

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Faymann!

Sehr geehrter Herr Vizekanzler Spindelegger!

Mit Wohlwollen Herr Bundeskanzler habe ich in der letzten Fernsehdiskussion von Ihnen vernommen, das Ihnen der Pflegeregress in der Steiermark salopp gesagt sauer aufstößt.

Doch wir Steirer haben mit unseren sogenannten „Reformpartnern?“ noch ein annähernd gleiches Problem.

Die beiden Herrschaften (Voves und Schützenhöfer) wollen mit aller Gewalt in der Steiermark den ländlichen Raum ausdünnen und mit „ZWANGS“fusionen über 200 Gemeinden in der Steiermark auslöschen.

Die von Ihnen so oft als Schreckgespenst dargestellte, Blau- Schwarze Regierung die mit Schließungen der Polizei etc. diesen Weg begonnen hat wird in der Steiermark nun durch eine Regierung Ihrer Parteien fortgesetzt. LH Voves hat in einem Interview gesagt die Bürgermeister sind Reformverweigerer und die Bürger seien weiter als die Bürgermeister. Warum so stellt sich ein einfacher Bürger dann die Frage wehrt man sich gegen Volksabstimmungen in den betroffenen Gemeinden.

Vor allem haben Sie ja in Ihrem Regierungsübereinkommen eindeutig die Eigenständigkeit von Gemeinden als Priorität festgelegt.

Des weiteren glauben viele Leute in der Steiermark nicht mehr dass die beiden Großparteien für mehr direkte Demokratie eintreten, da in diesem Falle der Bürger bei einer für ihn absolut wichtigen Frage einfach übergangen wird.

Ich gehöre selber zu einer Bürgerinitiative des Ortes Stanz im Mürztal die sich gegen diese Vorgehensweise gewährt haben und gegen den Willen unseres Herrn Bürgermeisters eine Volksbefragung durchgesetzt haben. Wie die Vorzeichen zeigen könnten diese Bemühungen mit einem Schlag zunichte gemacht werden, wenn im steirischen Landtag mit einer Drüberfahrpolitik dieses Votum ad acta gelegt wird. Zur Information in dieser Abstimmung sprachen sich 75% der Stanzer Bevölkerung, bei einer 72% igen Wahlbeteiligung gegen eine Fusion mit den Umlandgemeinden aus.

Solch überwältigende Ergebnisse einfach mit „ZWANGS“fusionen zu ignorieren kann nicht im Sinne irgendeiner Partei in Österreich sein.

In einem anderen Fall, wurde der Wille der Bevölkerung trotz Volksabstimmung von einem Bürgermeister und dem Gemeinderat ignoriert und trotzdem ein Fusionsbeschluss gefasst.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, sehr geehrter Herr Vizekanzler vielleicht gelingt es Ihnen, **nicht nur wegen der Nationalratswahl**, mit klaren und deutlichen Worten in Richtung Steiermark diesen Prozess auf demokratische Füße zu stellen. Denn nur weil, wie in der Steiermark, man vor 3 Jahren gewählt wurde, hat niemand das Recht bei einer so für den Bürger wichtigen Frage denselben zu übergehen.

Mit freundlichen Grüßen

Alexander Pogner